

Zweierlei Intervention

Welchen Zweck hat der französische Militäreinsatz in Mali? Von Bernhard Schmid

Bei Redaktionsschluß dieses Heftes ist die französische Intervention gegen die Islamisten im Norden Malis, die am 11. Januar begann, noch nicht abgeschlossen. Auch ist unklar, wie lange die massive französische Militärpräsenz in dem westafrikanischen Land gehalten werden soll. Einerseits hat Paris das Ziel proklamiert, seine Armee möglichst bald durch Truppen aus dem französischsprachigen Afrika zuzüglich Nigeria zu ersetzen. Andererseits häufen sich Hinweise, daß dies nicht reibungslos ablaufen wird, zumal viele der afrikanischen Armeen zur Zeit zu wenig mehr taugen als zur einer Prätorianergarde oder Leibwache für einen Präsidentenclan. Die Pariser Abendzeitung »Le Monde« betitelte ihre Ausgabe vom 4. Februar mit der Schlagzeile: »Frankreich wird für längere Zeit in Mali bleiben.«

Generell agiert Frankreich in weiten Teilen Nord-, West- und Zentralafrikas weiter als ehemalige Kolonialmacht und späterer neokolonialer Hegemon. Zwar ist die französische Dominanz seit 1990 und dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr so unangefochten wie in den Jahrzehnten davor – die verbündeten Westmächte hatten Frankreich in seinem postkolonialen »Hinterhof« in Afrika zunächst weitgehend in Ruhe gelassen; Hauptsache, der Einfluß prosovjeterischer Kräfte wurde eingedämmt –, nach dem Ende der bipolaren Blockordnung sind aber sowohl die USA als auch China dort als neue Konkurrenten aufgetreten. Dennoch: Noch ist Frankreichs Einfluß, aus historischen und auch aus rein sprachlichen Gründen, hegemonial.

Natürlich bedeutet das einen privilegierten Zugang zu Rohstoffen, wie etwa dem Uran in Malis Nachbarland Niger – von dort stammt über ein Drittel des Brennmaterials für das wahnwitzig ausgebaute französische Atomprogramm –, den Ölreserven im Golf von Guinea oder auch den agrarischen Ressourcen. Und selbstverständlich möchte Frankreich eine »Destabilisierung der Sahelzone«, wie sie seit 2003 als Gefahr beschworen wird, auch vermeiden, um seine Position dort zu wahren. Die Mali-Intervention, die von großen Teilen der Bevölkerung bejubelt wird, dient Frankreich dazu, seine politische, militärische und ökonomische Position in der Region neu zu legitimieren. Am liebsten sähe man sie in Paris für die nächsten zehn bis 15 Jahre gesichert.

Dennoch wäre es allzu simpel, die aktuelle Intervention als Eingriff zum Rohstoffraub abzuhandeln – wie es von der »FAZ« bis zum Kasseler Bundsratschlag der Friedensbewegung geschieht – und so zu tun, als sei die Sache damit ausreichend erklärt und die Diskussion bereits

erledigt. Wäre es so, ließe sich nicht verstehen, warum die Intervention den Beifall vieler Westafrikaner fand und findet. Stellen wir uns einen Moment vor, in Mali würde eine linke Regierung antieren und eine Art Selbstverwaltungssozialismus anstreben. (Das ist nicht ganz so theoretisch, wie es klingt: Unter Modibo Keita, erster Präsident Malis von 1960 bis '68, war genau dies der Fall. Er wurde mit französischer Hilfe durch ein Militärregime von Gnaden der Neokolonialmacht ersetzt, durch Moussa Traoré, der erst 1991 von der Bevölkerung zum Teufel gejagt wurde.) Auch jene Regierung müßte sich der Aufgabe stellen, die Djihadisten aus der Nordhälfte des Landes zu verjagen, welche sie seit April 2012 besetzt hatten. Insofern antwortet die französische Intervention auch aus linker Perspektive auf ein reales Problem.



»Willkommen Retter«:
Interventionsbefürworter in
Bamako/Mali, Februar 2013

Foto: ddp, images/Sipa

Daß sie die Djihadisten aus den Städten Nordmalis vertrieben hat, läßt sich kaum kritisieren – die Bevölkerung, die nicht länger Peitschenhiebe für Rauchen oder Trinken kassieren mochte, begrüßte sie aus naheliegenden Gründen. Übel dagegen ist, daß zuvor innermalische Lösungsansätze, zivile wie militärische, blockiert worden sind. So fand in Mali am 22. März 2012 ein Putsch aus den unteren Rängen der Armee gegen die bisherige Militärführung und gegen die regierende Oligarchie statt, die die seit 1991 bestehende Demokratie in den letzten fünf Jahren nach Meinung großer Teile der Bevölkerung diskreditiert hatte.

Den Ausgangspunkt des Putsches bildeten Demonstrationen von Zivilisten und vor allem von Soldatenfrauen, die dagegen protestierten, daß unzureichend bewaffnete junge Männer an der Nordfront gegen die Djihadisten verheißt wurden, während das Ausrüstungsmaterial für die Armee auf dem Schwarzmarkt verschwand. Denn die Staatsspitze Malis war, verstärkt seit 2007, in die allmählich weite Teile Westafrikas umfassende Mafiotisierung der Region einge-

bunden worden: Ausgehend von der früheren portugiesischen Kolonie Guinea-Bissau, deren Militärs das Land seit Jahren zur Basis für den Kokainschmuggel aus Südamerika ausbauen, überziehen Netzwerke des Drogenhandels zunehmend die an der Kokain-Route Richtung Europa liegenden Staaten. Auch die djihadistischen Gruppen, die nur dank eines Joint Ventures mit nomadischen Schmugglergruppen aus der Tuareg-Bevölkerung in der Wüste überleben und dort längst selbst als mafiöse Unternehmer im Drogen- und Waffen- sowie Geiselschäft tätig sind, sind darin involviert. Erst dieser Zusammenhang erklärt, daß die Zentralregierungen Malis es zuließen, daß die Djihadisten sich von 2003 bis Anfang 2012 in aller Ruhe an der Peripherie des Landes breitmachen konnten – bevor sie in der Folge des Nato-Krieges gegen Libyen schlagartig expandierten. Die jungen Militärs warfen ihren Altvorderen und den Regierenden diese Komplizenschaft, die schließlich sogar zum Weiterverkauf von Waffen durch die Regierung an die Djihadisten führte, vor und strebten eine politische Wende an.

Zwar kann man die bisweilen rabiaten Methoden der Putschisten – etwa die Verhängung von Ausgangssperren über Teile der Hauptstadt Bamako – kritisieren, doch aus ihren Reihen hätte man ebenso wie aus der zivilen linksnationalistischen Bewegung, die den Putsch als »kleineres Übel« gegenüber der regierenden Oligarchie begrüßte, die Kräfte für eine innermalische Mobilisierung gegen die Djihadisten rekrutieren können. Dies wurde blockiert: Frankreich und die USA stellten den Putsch als Ursache der djihadistischen Offensive im Norden und der Spaltung Malis dar – während er doch in Wirklichkeit eine ihre Folgen gewesen ist –, und für die Armee Malis bestimmte Waffen blieben monatelang in den Hafenzentren Westafrikas (in Dakar und Conakry) blockiert. Besser als die französische Intervention wäre es allemal gewesen, zumindest zu versuchen, sowohl zivile als auch militärische Kräfte innerhalb Malis gegen die islamistischen Banden (und zugleich gegen die alte Oligarchie) zu mobilisieren. Frankreich und die mit ihm verbündeten Staaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft taten das Gegenteil: Sie setzten die alte Oligarchie wieder in ihre angestammten Machtpositionen ein, und die französischen Truppen in Südmali sollen dieses Arrangement ganz nebenbei gegen weitere Unruhen schützen.

Es ist wahrscheinlich, daß die Machthaber nun die Vertreter des islamischen Klerus, der in Gestalt des »Hohen Islamrats« (HCI) im August 2012 in die Übergangsregierung der Oligarchen eingetreten ist, zur Verbreiterung ihrer politischen Basis benutzen werden. Was sich abzeichnet, ist also eine stärkere Islamisierung der malischen Regierung – nach der Vertreibung der Djihadisten allerdings auf veränderter strategischer Grundlage. ●

Bernhard Schmid schrieb in KONKRET 9/12 über die Regierung Hollande in Frankreich